



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreisausschuss

Es informiert Sie:	Antje Schäfer
Telefon:	02104/99-1224
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	antje.schaefer@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 28.09.2012

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 27.09.2012, 16:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

(mit Ausnahme TOP 12.1)

Mitglieder

Ernst Buddenberg

Barbara Enke

Alexandra Gräber

Ursula Greve-Tegeler

Berndt Hoffmann

Werner Horzella

Dr. Bernhard Ibold

Martina Köster-Flashar

Manfred Krick

Ilona Küchler

Dieter Roeloffs

Michael Ruppert

Manfred Schulte

Udo Switalski

Elke Thiele

Ewald Vielhaus

(ab 16.16 Uhr, TOP 4, Vorsitz zu TOP 12.1)

(bis 17.38 Uhr, TOP 13)

Verwaltung

Harald Beier

Denise Brauer

Lothar Breitsprecher

Maximilian Bröhl

Georg Görtz

Anne Grassberger
Dirk Haase
Ulrike Haase
Susanne Hahner
Nils Hanheide
Denis Heimann
Daniela Hitzemann
Miriam-Lena Horn
Thomas Jarzombek
Sandra Leu
Manfred Lochmann
Jochen C. Müller
Anette Pesler
Jutta Pilz
Martin M. Richter
Antje Schäfer
Frank Schäfer
Martin Schlüter
Christian Schölzel
Martina Siebert

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Aushändigung einer Ernennungsurkunde an Herrn Kreisdi-
rektor Martin M. Richter
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom
18.06.2012
3. Informationen der Verwaltung
4. Genehmigung einer Dienstreise von Mitgliedern des Kreista- 01/013/2012
ges zur Teilnahme am 3. Kreistagsforum NRW des Land-
kreistages NRW am 18. September 2012
hier: Nachträgliche Genehmigung einer Dringlichkeitsent-
scheidung gem. § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NRW
5. Genehmigung einer Dienstreise von Mitgliedern des Kreista- 01/008/2012
ges zur Teilnahme an der Messe für Gewerbeimmobilien
EXPO REAL vom 07. bis 09. Oktober 2012

6.	Bebauungsplan Nr. 57 "westlich Ratinger Straße/ östlich Friedhofsallee" der Stadt Heiligenhaus; Verfahren gemäß § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) und § 29 Absatz 4 Landschaftsgesetz NW (LG NW)	80/025/2012
7.	Ergebnis des Prüfauftrages: Einrichtung einer zentralen EU-Fördermittelstelle	80/027/2012
8.	Bildung und Besetzung einer ad-hoc-Kommission für Vorstellungsgespräche zur Einstellung von Amtsleiterinnen / Amtsleitern hier: Nachträgliche Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NRW	01/017/2012
9.	Kreissparkasse Düsseldorf - hier: Verwendung des auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteils am Jahresüberschuss 2011	01/010/2012
10.	Neuer Frauenförderplan für die Kreisverwaltung Mettmann für die Jahre 2012 bis 2015	01/014/2012
11.	Personalkostenbewirtschaftung hier: Budgetentwicklung 2011 - 2013	01/015/2012
12.	Gesamtabschluss 2010	
12.1.	Bestätigung des Gesamtabschlusses 2010 und Entlastung des Landrates	14/005/2012/1
12.2.	Verwendung des Gesamtüberschusses aus dem bestätigten Gesamtabschluss 2010	20/031/2012
13.	Erlebnis Neandertal: Rücknahme des Förderantrags	80/030/2012
14.	Ausbildungsverkehr-Pauschale gem. § 11a ÖPNVG NRW	20/028/2012
15.	Aktivierung gem. § 11 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)	50/026/2012
16.	Betriebsabrechnung 2011 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann	32/006/2012
17.	Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann	32/007/2012
18.	Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 GO NRW - hier: Mittel für die Personalkosten der Kreisleitstelle Mettmann 2012	32/008/2012
19.	Liberalisierung des Kfz-Kennzeichenrechts - Zuteilung von neuen Kennzeichen	36/005/2012
20.	Regionales Bildungsnetzwerk - Neues Übergangssystem Schule-Beruf - Errichtungsbeschlüsse	40/037/2012

21. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

22. Informationen der Verwaltung
23. Einstellung von Amtsleitern 10/015/2012
24. Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung des Kreises Mettmann vom August 2010 bis Mai 2011
- Teilberichte Finanzen und Finanzbuchhaltung 20/032/2012
25. Vergabepraxis im Bereich der Gebäudereinigung
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 13.09.2012 23/019/2012
26. Bestellung einer Prüferin 14/006/2012
27. Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung der Informationstechnologie des Kreises Mettmann 14/002/2012/1
28. Abschluss eines Kooperationsvertrages mit der Stadt Mettmann zur Errichtung einer heilpädagogisch-integrativen Kindertagesstätte 23/017/2012
29. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit (KA Schnitzler, KA Völker und KA Wedel fehlen entschuldigt) und die Beschlussfähigkeit fest.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt, so dass die Tagesordnung festgestellt wird.

Anschließend händigt Landrat Hendele Herrn Richter die Ernennungsurkunde zum Kreisdirektor mit Wirkung zum 01.10.2012 aus. Er dankt dem Kreisdirektor für die loyale, vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeite in den letzten 8 Jahren. Ferner gratuliert Landrat Hendele ihm – auch im Namen des Kreisausschusses – herzlich, freut sich über die große Einigkeit im Kreistag zur Wiederwahl und wünscht ihm für die weitere Arbeit viel Erfolg und alles Gute. Herr Richter dankt den politischen Gremien und der Verwaltung für das in ihn gesetzte Vertrauen. Er versichert – wie bisher – engagiert und mit „offenem Visier“ zu arbeiten.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.06.2012

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 18.06.2012 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3:	Informationen der Verwaltung
--------------------	-------------------------------------

Abgabefristen für Veränderungsanträge der Fraktionen zum Haushalt 2013

Herr Richter weist darauf hin, dass er in der Interfraktionellen Runde vom 06.09.2012 zugesagt hatte, eine Übersicht über die Abgabefristen von Veränderungsanträgen zur Beratung des Haushaltes 2013 für den Kreistag, Kreisausschuss und die Fachausschüsse zur Verfügung zu stellen. Diese Übersicht liegt den Fraktionsvorsitzenden vor.

Auswirkungen des Urteils des Bundesfinanzhofes zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von öffentlichen Leistungen

Herr Richter erinnert an Ausführungen aus den letzten Sitzungen des Kreisausschusses zu den Auswirkungen des Urteils des Bundesfinanzhofes zur umsatzsteuerlichen Behandlung von öffentlichen Leistungen.

Zwischenzeitlich haben der Städtetag, der Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindebund NRW hierzu ein gemeinsames Argumentations- und Positionspapier vorgelegt. Darin werden steuerliche Mehraufwendungen für die kommunalen Haushalte in Nordrhein-Westfalen in Höhe von ca. 200 Mio. € prognostiziert. Im Interesse aller staatlichen Ebenen wird eine steuerliche Neutralität bei allen Formen öffentlich-rechtlicher Zusammenarbeit gefordert. Das Schreiben ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Zu Punkt 4:	Genehmigung einer Dienstreise von Mitgliedern des Kreistages zur Teilnahme am 3. Kreistagsforum NRW des Landkreistages NRW am 18. September 2012 hier: Nachträgliche Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NRW - Vorlage Nr. 01/013/2012
--------------------	--

Beschluss:

Die von Landrat Hendele und KA Schulte am 06.09.2012 getroffene Dringlichkeitsentscheidung

Die Dienstreise der Kreistagsmitglieder KA Hesel, KA Köster-Flashar und KA Lachmann zur Teilnahme am 3. Kreistagsforum NRW des Landkreistages NRW am 18. September 2012 in Düsseldorf wird genehmigt.

wird nachträglich genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5:	Genehmigung einer Dienstreise von Mitgliedern des Kreistages zur Teilnahme an der Messe für Gewerbeimmobilien EXPO REAL vom 07. bis 09. Oktober 2012 - Vorlage Nr. 01/008/2012
--------------------	---

Landrat Hendele weist darauf hin, dass KA Koester seine geplante Teilnahme an der Messe EXPO REAL aus gesundheitlichen Gründen absagen musste und schlägt vor, den Beschlussvorschlag entsprechend zu ändern.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Die Dienstreise der Kreistagsmitglieder KA Buddenberg, KA Köster-Flashar, KA Krick, KA Münchow und KA Ruppert zur Teilnahme an der Messe für Gewerbeimmobilien EXPO REAL vom 07. bis 09. Oktober 2012 in München wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

5 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
1 Enthaltung CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
1 Enthaltung FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 6: **Bebauungsplan Nr. 57 "westlich Ratinger Straße/ östlich Friedhofsallee" der Stadt Heiligenhaus; Verfahren gemäß § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) und § 29 Absatz 4 Landschaftsgesetz NW (LG NW) - Vorlage Nr. 80/025/2012**

KA Dr. Ibold stellt fest, dass seine Fraktion die Nutzung vorhandener Brachflächen lieber gesehen hätte. Dem Flächenrecycling sei gegenüber der Ausweisung neuer Flächen eindeutig der Vorzug zu geben.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 57 „westlich Ratinger Straße/ östlich Friedhofsallee“ der Stadt Heiligenhaus treten die widersprechenden Darstellungen des Landschaftsplanes gemäß Anlage 2 der Vorlage 80/025/2012 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 7: **Ergebnis des Prüfauftrages: Einrichtung einer zentralen EU-Fördermittelstelle - Vorlage Nr. 80/027/2012**

KA Schulte dankt der Verwaltung für die gute und informative Vorlage. Sie bilde ab, was in den Fachausschüssen laufend an Informationen über akquirierte Fördermittel erfolge. Auf seine Nachfrage hin, machen Landrat Hendele und Herr Bröhl deutlich, dass der Arbeitsaufwand für die Abfrage und das Zusammenstellen der Ergebnisse nicht konkret beziffert werden könne. Die Arbeit habe sich jedoch gelohnt und sei für die Abwägung der Frage, ob Fördermittel weiterhin dezentral oder künftig zentral akquiriert werden sollten, unerlässlich gewesen.

Dem stimmen KA Roeloffs und KA Gräber mit Blick auf die ebenfalls in dem Antrag der CDU-Fraktion aufgeworfene Frage, ob der Kreis ggf. auch für die kreisangehörigen Städte Fördermittel einwerben könnte, zu.

KA Köster-Flashar stellt fest, dass die anfänglichen Bedenken ihrer Fraktion zur Mitgliedschaft im Rat der Gemeinden und Regionen zwischenzeitlich ausgeräumt seien.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Kreis Mettmann beantragt die Mitgliedschaft im Rat der Gemeinden und Regionen Europas.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 8: Bildung und Besetzung einer ad-hoc-Kommission für Vorstellungsgespräche zur Einstellung von Amtsleiterinnen / Amtsleitern
hier: Nachträgliche Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
gem. § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NRW
- Vorlage Nr. 01/017/2012**

KA Dr. Ibold teilt mit, dass seine Fraktion die dauerhafte Einrichtung einer ad-hoc-Kommission kritisch sieht und spricht sich für die Einrichtung eines Unterausschusses für Personalfragen aus. Dort könnten dann nicht nur Einstellungen, sondern alle personalrelevanten Themen beraten werden.

Auf Nachfrage von KA Kuchler stellt Landrat Hendele fest, dass mit Treffen der Dringlichkeitsentscheidung die ad-hoc-Kommission dauerhaft und für alle Vorstellungsgespräche zur Einstellung von Amtsleitern eingerichtet wurde. Auf die Bitte von KA Dr. Ibold, den Beschlussvorschlag zu teilen, macht Landrat Hendele deutlich, dass dies nicht möglich ist, da es sich um die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung handelt, die in dem vorgelegten Wortlaut getroffen wurde. Über die Genehmigung dieser Dringlichkeitsentscheidung könne nur en bloc abgestimmt werden.

KA Schulte führt aus, dass seiner Auffassung nach mit der Einrichtung eines Unterausschusses für Personalfragen nichts gewonnen sei. Er habe zudem in den geführten Vorstellungsgesprächen den Eindruck gewonnen, dass für die Bewerber ein überschaubareres Gremium angenehmer ist als ein entsprechend der Fraktionsstärke besetzter Unterausschuss.

KA Gräber macht deutlich, dass über die erneute Einrichtung eines Unterausschusses für Personalfragen erst zu Beginn der neuen Wahlperiode entschieden werden sollte.

KA Horzella äußert seine Verwunderung angesichts des Wunsches der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da das Verfahren interfraktionell abgestimmt und von allen getragen wurde. Er spricht sich für die Beibehaltung der ad-hoc-Kommission aus, da diese ohnehin nur in Einzelfällen tagen müsse.

KA Dr. Ibold zieht seinen Antrag auf Einrichtung eines Unterausschusses für Personalfragen zunächst zurück und kündigt an, die Position seiner Fraktion bis zur Sitzung des Kreistages am 04.10.2012 zu klären.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Die von Landrat Hendele und KA Schulte am 06.09.2012 getroffene Dringlichkeitsentscheidung

Der Kreistag bildet gemäß § 8 Abs. 3 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann eine ad-hoc-Kommission für Vorstellungsgespräche zur Einstellung von Amtsleiterinnen / Amtsleitern. Der Kreistag entsendet ein Mitglied je im Kreistag vertretener Fraktion. Den Vorsitz führt der Landrat.

In die ad-hoc-Kommission werden gewählt

Mitglieder
Völker, Klaus-Dieter
Schulte, Manfred
Dr. Ibold, Bernhard
Wedel, Dirk
Horzella, Werner
Küchler, Ilona

Im Verhinderungsfall erfolgt die Vertretung durch ein anderes Kreistagsmitglied der jeweiligen Fraktion.

wird nachträglich genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Punkt 9:	Kreissparkasse Düsseldorf - hier: Verwendung des auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteils am Jahresüberschuss 2011 - Vorlage Nr. 01/010/2012
--------------------	--

Beschluss:

Der auf den Kreis Mettmann entfallende Anteil am Jahresüberschuss 2011 der Kreissparkasse Düsseldorf in Höhe von 176.222,00 € wird der Sicherheitsrücklage der Kreissparkasse zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10:	Neuer Frauenförderplan für die Kreisverwaltung Mettmann für die Jahre 2012 bis 2015 - Vorlage Nr. 01/014/2012
---------------------	--

Landrat Hendele, Herr Lochmann und Frau Leu beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Hinweis und Bitte mehrerer Ausschussmitglieder erklärt Frau Leu, dass die Evaluation der Maßnahmen des Frauenförderplans für die Jahre 2009 – 2012 im Rahmen des nach dem Landesgleichstellungsgesetz vorgesehenen Umsetzungsberichts über den abgelaufenen Frauenförderplan erfolgen wird.

KA Köster-Flashar merkt an, die Verwaltung solle möglichst kurzfristig Plätze für Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (U3) anbieten.

Herr Lochmann berichtet, dass seit Jahren eine Kooperation zwischen dem Kreis Mettmann und dem Mettmanner AWO-Kindergarten besteht. Man befinde sich derzeit in Verhandlungen, ob ab 2013 für den Kreis auch Belegungsrechte für U3-Plätze eingeräumt werden können. Da jedoch im gesamten Mettmanner Stadtgebiet kaum genügend Plätze zur Verfügung stehen, bleibt das Verhandlungsergebnis abzuwarten.

Auf Nachfrage von KA Schulte stellt Landrat Hendele klar, dass die Gleichstellungsbeauftragte berechtigt ist, an allen Vorstellungsgesprächen – auch im Rahmen der ad-hoc-Kommission – teilzunehmen. Die Nichtanwesenheit in der letzten Sitzung sei lediglich auf Terminschwierigkeiten zurückzuführen gewesen.

Er erklärt zudem, dass in den vergangenen Jahren einige Mitarbeiterinnen, denen man seitens der Verwaltung durchaus zugetraut hätte, Führungsaufgaben zu übernehmen, dies aufgrund der eigenen Lebensplanung abgelehnt hätten.

Frau Leu erläutert anhand von Beispielen, welche Maßnahmen, die sich im vergangenen Frauenförderplan nicht bewährt haben, aus dem vorliegenden Entwurf gestrichen wurden.

Auf Wunsch von KA Ruppert sichert Landrat Hendele zu, noch einmal zu prüfen, ob bei der Gruppe der Dezernenten und Amtsleitungen der Frauenanteil tatsächlich bei gerade nur 2 % liegt.

KA Horzella und KA Küchler bedauern, dass keine Synopse erstellt wurde. Auf Frage von KA Horzella bestätigt Frau Leu, dass vor der Forderung nach einer paritätischen Besetzung von Gremien, Projekt- und Arbeitsgruppen sicherlich die Befähigung und fachliche Eignung der Mitglieder steht.

Nach einer kurzen Diskussion über die Aufwertung bzw. bessere Bezahlung des Berufsbildes des Erziehers erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Fortschreibung des Frauenförderplanes des Kreises Mettmann für die Jahre 2012 bis 2015 (*Anlage 2*).

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11:	Personalkostenbewirtschaftung hier: Budgetentwicklung 2011 - 2013 - Vorlage Nr. 01/015/2012
---------------------	--

Auf Nachfrage von KA Küchler teilt Landrat Hendele mit, dass zur Frage des Personalkostendeckels keine Stellungnahme des Personalrates vorliegt. Die Verwaltung sieht hier kein Beteiligungsrecht nach dem Landespersonalvertretungsgesetz.

KA Schulte macht deutlich, dass seine Fraktion sich nach wie vor grundsätzlich gegen die Einrichtung eines Personalkostendeckels und eine dezernatsbezogene Budgetierung ausspricht. Der Deckel sei kein geeignetes Steuerungsinstrument. Die Politik solle lieber definieren, welche Leistungen sie haben wolle und welche nicht. Solange keine aussagekräftigen Kennzahlen zur Steuerung der Personalkosten vorliegen, sei ein Kostendeckel nicht sinnvoll. Zunächst müssten seitens der Verwaltung Arbeitsleistungen erfasst werden, bevor weitere Bewertungen erfolgen können.

KA Dr. Ibold fühlt sich – auch mit Blick auf den nicht ausreichenden Personalkostendeckel für das Jahr 2013 – in seiner ursprünglichen Kritik bestätigt und erneuert sie. Die Verwaltung sei

vorrangig für Belange der Bürgerinnen und Bürger da und daher nicht nur mit Blick auf die Personalkosten zu steuern. Er hält einen „von unten“ gewachsenen Personalkostendeckel für sinnvoller.

KA Gräber vertritt die Auffassung, dass sich der Personalkostendeckel durchaus bewährt habe. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sei dies kein statisches Instrument, jedoch ein Mittel zur Steigerung der Transparenz.

KA Horzella unterstützt diese Auffassung und stellt fest, dass die Personalkosten eine der wenigen Stellschrauben seien, die der Kreistag beeinflussen könne. Er erinnert an die Zusage des Kreistages, nach Vorlage durch die Verwaltung und in begründeten Fällen den Deckel zu erhöhen, bittet jedoch darum, hierfür eine aussagekräftige Unterlage zur Verfügung zu stellen, in der die Mehrbedarfe dezidiert dargestellt werden.

Landrat Hendele verweist in diesem Zusammenhang auf die Vorlage zum Stellenplan 2013, die in der kommenden Sitzung des Kreistages am 04.10.2012 ausgelegt wird, bzw. auf die Übersicht über zusätzlich durch Bund und Land übertragene Aufgaben, die regelmäßig zur Kenntnis gegeben wird. Er verdeutlicht noch einmal, dass es der Verwaltung gelungen ist, einen großen Teil des Personalkostenmehrbedarfs aufzufangen, so dass für 2012 nur noch ein Fehlbedarf von 500.000 € verbleibt. Der weitaus erheblichere Teil sei bereits im laufenden Budget erwirtschaftet worden.

KA Ruppert begrüßt die Vorlage der Verwaltung. Ferner stellt er fest, dass Konsolidierung weh tue. Um die kreisangehörigen Städte jedoch nicht finanziell zu belasten und als Kreis schuldenfrei zu bleiben, müsse der eingeschlagene Weg weitergegangen werden, auch wenn sicherlich schmerzhaft Entscheidungen zum Leistungsverzicht zu treffen seien..

KA Roeloffs macht deutlich, dass mit Blick auf die Verantwortung für Folgegenerationen auch die Personalkosten im Rahmen gehalten und seitens des Kreistages gesteuert werden müssten.

KA Kuchler bewertet den Vergleich der öffentlichen Verwaltung mit privaten Unternehmen als schwierig. Die Kreisverwaltung habe in den vergangenen Jahren bereits umstrukturiert und Arbeit verdichtet, so dass das Ende nun erreicht sei. Den Personalkostendeckel trägt ihre Fraktion daher nicht mit.

Die Ausführungen für das Haushaltsjahr 2013 werden im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen zur Kenntnis genommen.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Beschluss des Kreistages vom 12. Juli 2010

Die Personalaufwendungen für das Haushaltsjahr 2011 werden – vorbehaltlich etwaiger von außen auf den Kreis einwirkender Sondereinflüsse größeren Umfangs, die gegebenenfalls durch den Kreistag gesondert festzustellen sind – in Höhe der Nettopersonalaufwendungen des Haushaltes 2010 festgesetzt. Für das Haushaltsjahr 2012 erfolgt eine Ansatzsteigerung um 1 %.

wird hinsichtlich der Wirkung für das Jahr 2012 wie folgt ergänzt:

Der Kreistag beschließt für das Haushaltsjahr 2012 zzgl. der bereits beschlossenen Erhöhung

um 1% eine weitere Erhöhung des Netto-Personalkostenbudgets um 0,5 Mio. €.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Vor Einstieg in die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 12.1 übergibt Landrat Hendele den Vorsitz an den stellvertretenden Vorsitzenden, KA Krick.

Zu Punkt 12: Gesamtabschluss 2010
--

Zu Punkt 12.1: Bestätigung des Gesamtabschlusses 2010 und Entlastung des Landrates - Vorlage Nr. 14/005/2012/1

Beschluss:

1. Der Kreistag bestätigt gemäß den §§ 116, 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 53 Abs. 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) den Gesamtabschluss zum 31.12.2010.
2. Die Kreistagsmitglieder sprechen gemäß § 116 Abs. 1 i.V.m. § 96 Abs 1 Satz 4 GO NRW und § 53 KrO NRW dem Landrat die Entlastung aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

(Landrat Hendele hat weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teilgenommen.)

KA Krick dankt dem Landrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Diesem Dank schließt sich Landrat Hendele an. Dabei hebt er besonders die Leistung der Kämmerei und des Rechnungsprüfungsamtes im Zusammenhang mit dem Gesamtabschluss hervor.

Anschließend übergibt KA Krick den Vorsitz wieder an Landrat Hendele.

Zu Punkt 12.2: Verwendung des Gesamtüberschusses aus dem bestätigten Gesamtabschluss 2010 - Vorlage Nr. 20/031/2012
--

Beschluss:

Der im geprüften Gesamtabschluss 2010 festgestellte Gesamtüberschuss in Höhe von 1.076.322,78 € wird der allgemeinen Rücklage der Gesamtbilanz zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 13:	Erlebnis Neandertal: Rücknahme des Förderantrags - Vorlage Nr. 80/030/2012
---------------------	---

KA Dr. Ibold weist darauf hin, dass seine Fraktion das Projekt von Beginn an kritisch begleitet habe. Die Aufwertung des Tals sowie die Verbesserung der Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr und einzelne weitere Aspekte trage seine Fraktion mit, wünsche sich jedoch eine Einbindung der Bürger. Er beantragt daher, den Beschlussvorschlag zu ergänzen und die Verwaltung zu beauftragen, eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe einzurichten, in die auch Naturschutz- und Umweltverbände einbezogen werden können. KA Köster-Flashar unterstreicht, dass man gemeinsam, konstruktiv und mit Blick nach vorne tätig sein möchte. Hierfür sei eine Arbeitsgruppe, die die Vorschläge der Verwaltung bewerte, die richtige Form. Eine frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger könne so sichergestellt werden.

KA Ruppert ist der Ansicht, dass einzelne Ziele des Förderantrages, wie z.B. die Aufwertung der Fundstelle und die verbesserte ÖPNV-Anbindung interessant bleiben, man sich jedoch nicht Hals über Kopf in neue Entscheidungen stürzen sollte. Man solle stattdessen klug planen und die weitere Entwicklung behutsam vorantreiben.

KA Gräber stellt fest, die Rücknahme des Förderantrages sei zwar schmerzlich, aber alternativlos. Man könne aus der bisher geleisteten Arbeit jedoch Erkenntnisse ziehen. Die Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe hält sie für verfrüht. Die Verwaltung solle zunächst Ideen entwickeln.

KA Horzella teilt mit, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag mittrage, hinsichtlich des Vorschlags zur Verwendung der bisherigen Eigenanteile für Maßnahmen im Rahmen des Masterplans jedoch eine andere Auffassung vertrete. Seiner Auffassung nach seien die Mittel zweckgebunden gewesen.

Landrat Hendele macht deutlich, dass dies lediglich ein Vorschlag seitens der bisherigen Projektträger sei. Die Entscheidung hierüber erfolge jedoch im Kreistag, in den Räten der Städte Erkrath und Mettmann sowie im Stiftungsrat der Stiftung Neanderthal Museum.

Die Bereitstellung der Finanzmittel ist nach Auffassung von KA Schulte ein Thema für die Beratungen zum Haushalt 2013. Die Einrichtung eines Arbeitskreises bewertet er kritisch.

KA Enke verweist auf die Diskussion und die abgesprochene Vorgehensweise aus der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung. Demnach soll die Verwaltung zunächst fundierte Vorschläge erarbeiten, die dann in den zuständigen Fachausschüssen beraten werden.

Landrat Hendele erklärt, dass sich zum Masterplan zwei Arbeitsgruppen gebildet haben. Eine ämterübergreifende, aber hausinterne Arbeitsgruppe und eine bestehend aus Mitgliedern der Projektträger und Finanzgeber. Er macht deutlich, dass sich die Verwaltung mit ihren Vorschlägen innerhalb des abgesteckten und mit Bürgern und Verbänden abgestimmten Masterplans bewegen werde. Erst wenn sich die Projekt- und dortigen Entscheidungsträger positioniert hätten, könne man in eine Diskussion, z.B. mit Anwohnern eintreten.

Auf Nachfrage von KA Dr. Ibold teilt Landrat Hendele mit, dass die bisher im Zusammenhang mit dem Förderantrag angefallenen Personalkosten nicht erfasst wurden.

Herr Haase stellt auf Hinweis von KA Dr. Ibold klar, dass das Projekt nicht an naturschutzfachlichen Belangen gescheitert ist. Die Natur- und Umweltschutzverbände seien immer eingebunden gewesen, auch zu Fragen, bei denen dies nicht gesetzlich vorgeschrieben gewesen ist. Da seitens der anderen Projektträger noch keine Zahlungen an den Kreis erfolgt sind, müssen auch keine Mittel zurückerstattet werden.

KA Kuchler hält den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe für zu früh.

KA Dr. Ibold zieht darauf hin diesen Antrag seiner Fraktion zurück und wird ihn – nach Rücksprache innerhalb der Fraktion – im Kreistag ggf. erneut einbringen.

Nach abschließender Diskussion erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

1. Der Kreis Mettmann nimmt als Projektträger den Förderantrag „Erlebnis Neandertal“ zurück.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Strategie zur weiteren Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Masterplan Neandertal zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 14: Ausbildungsverkehr-Pauschale gem. § 11a ÖPNVG NRW - Vorlage Nr. 20/028/2012
--

Beschluss:

Der Zweckverband VRR wird ab dem 01.01.2013 beauftragt, von der auf den Kreis Mettmann entfallenden Ausbildungsverkehr-Pauschale 100 % entsprechend § 11a ÖPNVG NRW diskriminierungsfrei und unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben der Verordnung (EG) 1370/2007 an die Verkehrsunternehmen weiterzuleiten, die im Kreis Mettmann Verkehre im Sinne des § 11a ÖPNVG NRW erbringen. Die Weiterleitung ist vom VRR mit der Auflage zu verbinden, dass die Mittel von den Verkehrsunternehmen entsprechend § 11a ÖPNVG NRW verwendet werden. Der insgesamt weitergeleitete Betrag ist vom VRR jeweils in voller Höhe auf den vom Kreis Mettmann für das entsprechende Jahr aufzubringenden Finanzierungsbeitrag anzurechnen. Diese Finanzierungsübertragung ist bis zum 31.12.2014 befristet und gilt danach unter Beachtung der Kündigungsmöglichkeiten der Zweckverbandssatzung für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr in der jeweils aktuellen Fassung weiter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 15: Aktivierung gem. § 11 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) - Vorlage Nr. 50/026/2012

Auf Nachfrage von KA Kuchler erläutert Herr Richter, dass der Kreis mit den für die Aktivierung bereit gestellten Mitteln keine bei Wohlfahrtsverbänden vorgehaltenen Stellen finanziert. Die Mittel werden – nach erfolgreicher Aktivierung – ausschließlich an kreisangehörige Städte gezahlt. Das Anstellungsrisiko für Mitarbeiter, die in Projekten arbeiten, die der Aktivierung nach § 11 SGB XII dienen, trage allein der jeweilige Verband.

Da die Städte jedoch kaum Zugang zu der Klientel hätten, die Wohlfahrtsverbände jedoch schon, haben diese zugesagt, Projekte zur Aktivierung zu initiieren.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Ausweitung des für das Jahr 2011 eingeführten Bonussystems auf die Jahre 2012 und 2013 wird zugestimmt.

In einer Sitzung des Sozialausschusses Ende 2014 wird nach erfolgter Evaluation über den Sachstand berichtet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

**Zu Punkt 16: Betriebsabrechnung 2011 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann
- Vorlage Nr. 32/006/2012**

Beschluss:

Das Ergebnis der Betriebsabrechnung 2011 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann weist einen Fehlbetrag in Höhe von - 529.013,93 € aus.

Der Sonderposten für den Gebührenaussgleich Notarztsystem wird gem. § 43 Abs. 6 GemHVO NRW in Höhe von 326.929,61 € aufgelöst. Der noch verbleibende Fehlbetrag in Höhe von - 202.084,32 € wird als Saldo Vortrag in die Betriebsabrechnung 2012 übernommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 17: Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann
- Vorlage Nr. 32/007/2012**

Herr Hanheide teilt mit, dass es zum Stand des Beteiligungsverfahrens mit den Verbänden der Krankenkassen und dem Landesverband der gewerblichen Berufsgenossenschaft keine neuen Erkenntnisse gibt.

Auf Nachfrage von KA Küchler erläutert Herr Hanheide die der Gebührenbedarfsberechnung zu Grunde liegenden Kriterien sowie die Systematik dieses Gebührenhaushaltes.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

1. Den Gebühren in Höhe von

- 219,-- € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin,
- 219,-- € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin bei der Verlegung eines Notfallpatienten / einer Notfallpatientin und
- 141,-- € für den Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeuges

wird unter Berücksichtigung der zu Grunde liegenden Gebührenkalkulation (*Anlage 3*) zugestimmt.

2. Die 6. Satzung zur Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann in der Fassung der Anlage 4 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 18: Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen
gem. § 83 GO NRW**
- hier: Mittel für die Personalkosten der Kreisleitstelle Mettmann 2012
- Vorlage Nr. 32/008/2012

Beschluss:

Der Kreistag stimmt den unten aufgeführten betragsmäßig gleichen überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW zu:

überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen

Produkt: 02.06.02 - Leitstelle
Sachkonto: 523200 / 723200
Bezeichnung: Erstattungen an Gemeinden
Betrag: 534.800,00 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 19: Liberalisierung des Kfz-Kennzeichenrechts
- Zuteilung von neuen Kennzeichen
- Vorlage Nr. 36/005/2012

Herr Hanheide berichtet, dass der Bundesrat in seiner Sitzung vom 21.09.2012 dem Gesetzesvorschlag zur Liberalisierung des Kfz-Kennzeichenrechts nur eingeschränkt zugestimmt hat. Die Einführung völlig neuer Kennzeichen wurde abgelehnt, lediglich die Reaktivierung ehemaliger Kennzeichen soll ermöglicht werden.

Auf Nachfrage von KA Horzella stellt Landrat Hendele klar, dass die ausschließliche Zuständigkeit, ob die Wiedererteilung ehemaliger Kennzeichen im Kreisgebiet beantragt werden soll, beim Kreistag und nicht bei den jeweiligen Räten liegt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Kreistag spricht sich für die ausschließliche Beibehaltung des Kfz-Kennzeichens ME aus und lehnt die Einführung neuer Kfz-Kennzeichen im Kreis Mettmann ab.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
bei 1 Enthaltung der CDU-Fraktion

Zu Punkt 20: Regionales Bildungsnetzwerk - Neues Übergangssystem Schule-Beruf
- Errichtungsbeschlüsse
- Vorlage Nr. 40/037/2012

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Einrichtung des Regionalen Bildungsnetzwerkes und der Koordination des Neuen Übergangssystems Schule-Beruf und stellt die bisher nicht im Haushaltsplan 2013 berücksichtigten Haushaltsmittel zusätzlich zur Verfügung.

Der Landrat wird ermächtigt, einen entsprechenden Kooperationsvertrag mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung abzuschließen und eine Vereinbarung („Absichtserklärung“) mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales zu unterzeichnen sowie einen Förderantrag zur kommunalen Koordinierung des Neuen Übergangssystems zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 21: Nachträge

– entfällt –

Vor Einstieg in die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 22. stellt Landrat Hendele die Nicht-öffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Manfred Krick

gez.
Antje Schäfer